

**Badische Neueste Nachrichten | Hardt | HARDT | 05.10.2018**

Weingarten (BNN). Nach dem Bericht in den Badischen Neuesten Nachrichten über den Buschens des Gemeinderates Weingartens zum Bergrechtlichen Beteiligungsverfahren bezüglich einer möglichen Eröffnung in Weingarten nimmt die Weingartener SPD in einer Pressemitteilung Stellung: „Wir lehnen eine Probebohrung entschieden ab, weil Auswirkungen auf unsere Umwelt- und Ökosysteme nicht ausgeschlossen werden können“, so der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Weingarten Wolfgang Wohlweiler gemeinsam mit Dr. Michaela Körber-Schlaack, diese

„Erhebliche Bedenken“

**SPD Weingarten lehnt Erdöl-Probebohrung „entschieden ab“ / Grüne teilen Sorgen**

sowohl der SPD-Ortsverein als auch die SPD-Fraktion den Erdölprobobohrungen ablehnend gegenüberstehen. In Gemeinderat, vor über einem Jahr haben wir deshalb diese Bohrung aus grundsätzlichen Erwägungen einstimmig abgelehnt. Rhein-Petroleum hat dennoch weiterhin die Vorbereitungen für die Erdölförderung und das Gewinnungskonzept fortgesetzt.

beim Bergamt weiter vorangetrieben, was seitens der Gemeinde nicht zu verhindern war. Die weitere Berichterstattung der Firma im Gemeinderat ließ erwarten, dass eine positive Entscheidung des Landes-Bergamtes in Freiburg unmittelbar bevorsteht. Dies war bislang unklar, ob es sich um einen Fall, wie erneut seitens der Gemeinde in das Gemeinderat eingereicht wurde.

Um dies zu verhindern, hat sich die technischen Voraussetzungen für die geplante Erdölbohrung geändert haben. Mehrheitlich hat sich der Gemeinderat am 24. September für die Durchführung der Probebohrung entschieden.“ Für die SPD-Fraktion hat Wolfgang Wehowsky in der Mitteilung die ethischen Bedenken gegen eine Erdölpro-

ung beräkertigt. Dazu gehören im Wesentlichen: Sorge um die Verschmutzung des Baggersees mit nicht abzuzeihenden ökologischen Folgen. Wertvolle Mineralstoffe, wie das auf Weingartener Gemarkung vermittelte hochwertige Erdöl, sollen bezüglich ihrer Entscheidung über dessen Gewinnung den nachfolgenden Generationen überlassen werden. Und eine mögliche Gefährdung oder Beeinträchtigung des Trinkwasserschutzes benachbarter Kommunen (Beddenau äußerte auch die Stadt Bruchsal). Die Bedenken werden von der Frakti-